



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

## Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 2: Interkulturelle Öffnung und Bildung

*Wir fragten die Parteien, welche bildungspolitischen Maßnahmen notwendig sind, um der kulturellen Vielfalt in Deutschland Rechnung zu tragen, und welchen Stellenwert das Konzept der inklusiven Bildung für die Parteien hat.*

Die Parteien **SPD**, **Bündnis 90/die Grünen**, **Die Linke** und die **FDP** sind sich einig, dass eine inklusive Bildung und kulturelle Vielfalt eine Steigerung an fachlicher, struktureller und personeller Kapazität und Kompetenz benötigt.

**Christlich-  
Demokratische Union/  
Christlich-Soziale Union  
in Bayern**



**CDU/CSU** bekennen sich zur UN-Behindertenrechtskonvention und beziehen Inklusion auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte wollen sie den Weg zu einer gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Teilhabe im Sinne des „Fördern und Fordern“ eröffnen. Sie wollen für alle Schüler und Schülerinnen einen Schul- und Berufsabschluss. Daher kommt dem Erwerb der deutschen Sprache eine zentrale Rolle zu. Die CDU/CSU sprechen sich für eine Sprachstandserhebungen für Kinder ab 3 Jahren aus, um den Spracherwerb gezielt zu unterstützen; eine verstärkte Elternarbeit, um Eltern mit Migrationshintergrund an das deutsche Bildungssystem heranzuführen; mehr Ganztagschulen, um Angebote für eine individuelle Lernförderung zu verwirklichen.



**Freie Demokratische  
Partei**



Die **FDP** betont eine große Herausforderung im effektiven Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt. Gleichzeitig erkennt sie einen hohen Stellenwert von inklusiver Bildung, wenn diese „im Sinne einer auf das Wohl des Individuums ausgerichtete Förderung sei“. Bilinguale Bildungsangebote seien besonders dann zu fördern, wenn eine ausreichende Basis und Nachfrage an bilingualen Bildungsangeboten existiert (bspw. in Europakindergärten und Europaschulen). Um inklusive Bildung in ihrem Sinne



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

	zu realisieren, sei ein hohes Maß an organisatorischer Eigenständigkeit, Profilbildung und der Beachtung des Elternwahlrechtes notwendig.
<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> 	Die <b>SPD</b> betont, dass kulturelle Vielfalt im Bildungswesen eine Chance und keine Belastung ist. Es kommt aber auf die Rahmenbedingungen an, die es zu gestalten und anzupassen gilt. So gehören Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund genauso dazu wie die Optimierung der schulischen Möglichkeiten – u.a. Ganztageschulen mit spezifischen Förderangeboten. Die SPD strebt ein inklusives Bildungswesen an, bei dem alle Seiten voneinander profitieren und Ausgrenzungen und Stigmatisierungen überwunden werden. Dies sieht sie als ein gesamtgesellschaftliches Projekt mit realistischen Zeitperspektiven. Dazu sind neben einem Nationalen Pakt für Inklusive Bildung, mehr finanzielle Mittel, um multiprofessionelle Teams und die Rahmenbedingungen auszubauen und das Kippen des Koalitionsverbots im Grundgesetz notwendig.
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b> 	<b>Bündnis 90/Die Grünen</b> hat bereits 2011 die Integrationspolitik um den Ansatz der Inklusionspolitik erweitert. Sie betont die Notwendigkeit grundlegender struktureller Reformen zugunsten einer stärker individuellen Förderung und eines längeren gemeinsamen Lernens. Interkulturelle Pädagogik ist daher Aufgabe aller Pädagoginnen und Pädagogen und inklusive Schulen müssen kompetent im Erkennen aller Schattierungen von Diskriminierungen sein.
<b>Die Linke</b> <b>DIE LINKE.</b>	<b>Die Linke</b> betont, dass die Voraussetzung für die Akzeptanz kultureller Vielfalt ein inklusives Bildungsverständnis ist, das das gesamte Bildungssystem präge. Im Bereich frühkindlicher Bildung benötigen Kinder eine spezifische Förderung und Unterstützung. Angestrebt wird eine neue Lehr- und Lernkultur in Gemeinschaftsschulen. Auch die Linke sieht einen gesteigerten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen, damit die Ziele eines inklusiven Bildungssystems erreicht werden können.